

**Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Premierminister Churchill in London, 15. Mai 1953<sup>1</sup>**

Aufzeichnung über eine Besprechung zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem britischen Premierminister, die am Freitag, den 15. Mai 1953, in Downing Street 10 stattfand.<sup>2</sup>

Einleitend gab der Herr Bundeskanzler einen Bericht über die Konferenz der sechs Außenminister in Paris<sup>3</sup> und über seine Verhandlungen mit dem französischen Ministerpräsidenten und Außenminister.<sup>4</sup> Die Atmosphäre bei den letztgenannten Besprechungen sei sehr gut gewesen, die Aussprache freimütig und herzlich.

Der Herr Bundeskanzler berichtete sodann von seinem Besuch in den Vereinigten Staaten<sup>17</sup>, wobei er vor allem über die herzliche Aufnahme, die er überall fand, überrascht gewesen sei. In mehreren Besprechungen mit Präsident Eisenhower habe er feststellen können, daß in der Beurteilung der allgemeinen Lage volles Einvernehmen darüber bestehe, daß die bisherige Politik angesichts der Ost-West-Spannung fortgesetzt werden müsse. Der Präsident habe ihm auch Teile seiner Rede vom 16. April<sup>18</sup> im voraus gezeigt, wie ja wahrscheinlich auch die anderen westlichen Alliierten im voraus von der Rede in Kenntnis gesetzt worden seien. Er habe nicht den Eindruck, daß in dieser und der Unterhausrede Sir Winstons<sup>19</sup> wesentliche Unterschiede bestünden. In Sir Winstons Rede sei jedoch mehr Feuer gewesen, und man müsse berücksichtigen, daß er als einer der großen Führer des letzten Krieges gesprochen habe, bei dem der Wunsch, Frieden und Verständigung herbeizuführen; vielleicht stärker zum Ausdruck gekommen sei. In seinen Besprechungen mit Eisenhower und Dulles habe Einigkeit darüber bestanden, daß es sich nicht darum handele, eine Konferenz herbeizuführen, sondern daß auch die „Einigkeit, Wachsamkeit und Treue“ die Grundlage allen Handelns bilden müssten.

Während der ersten Stunden nach Churchills Rede, die zunächst nur auszugsweise vorgelesen habe, habe man sich in Paris, vor allem auch bei den Vertretern der Benelux-Länder, gefragt, ob es nicht doch erwägenswert wäre, die Ratifizierung des EVG-Vertrages<sup>20</sup> hinauszuschieben, wenn sich eine Grundlage für aussichtsreiche Besprechungen mit den Russen finden ließe. Am Tage darauf habe man diese Gedanken jedoch wieder aufgegeben, nachdem der ganze Text vorgelesen habe, vor allem auch die Stelle, in der es heiße, daß „die Verteidigungsanstrengungen bis zum Höchstmaß unserer Stärke aufrechterhalten werden müßten“.<sup>21</sup>

In diesem Zusammenhang erwähnte der Herr Bundeskanzler, daß er die Unzulänglichkeiten der modernen Nachrichtenübermittlung noch nie so sehr empfunden habe wie in diesem Falle, da die Presse und die Agenturen zunächst nur Teile der Rede veröffentlicht hätten, die, aus ihrem Zusammenhang herausgerissen, einen ganz falschen Eindruck vermittelt hätten. Dies habe bei der Öffentlichkeit wie auch bei der französischen Regierung eine gewisse Verwirrung hervorgerufen.

Hierauf erwiderte Sir Winston, daß dies nicht sein Fehler sei, sondern derjenige der Zeitungen und der Staatsmänner, die mit ihrer Urteilsbildung nicht warten würden, bis ihnen der volle Text der Rede vorliege.

Sir Winston wies darauf hin, daß man bei der Beurteilung der augenblicklichen Lage auch die Tendenzen und Stimmungen der Völker berücksichtigen müsse. Die britische Regierung sei

<b>Bundeszentrale für politische Bildung</b>	<b>DeutschlandRadio</b>	<b>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</b>
--	-------------------------	---

darauf bedacht, bei dem britischen Volk nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, daß nicht alles versucht worden sei, um zu einer Entspannung zu kommen. Er glaube, es habe sich wirklich ein Wandel der russischen Haltung vollzogen, was er vor allem in den innerhalb Rußlands ergriffenen Maßnahmen<sup>22</sup> zu erkennen glaube. Die Gesten, die außerhalb Rußlands erfolgten, seien in diesem Zusammenhang unwichtig. Es wäre falsch, wenn diese Wandlung uns in unserem Vorgehen schwächen würde, aber andererseits müsse sichergestellt werden, daß alle Anstrengungen unternommen würden, zu einer Verständigung zu kommen, selbst wenn sich nachträglich herausstellen sollte, daß die Wandlung nicht ernst gemeint war.

In diesem Zusammenhang verwies Sir Winston auf diejenigen Stellen seiner Rede, in denen er von der Entschlossenheit der britischen Regierung sprach, ihre Verpflichtungen Westdeutschlands gegenüber einzuhalten und Westdeutschland in keiner Weise zu opfern oder Westdeutschland nicht Herr seines eigenen Geschicks innerhalb der von England und anderen NATO-Staaten mit der Bundesrepublik abgeschlossenen Abkommen sein zu lassen. Es sei die Politik der Regierung Ihrer Majestät, sich dem Geiste und dem Buchstaben getreu an die mit Westdeutschland geschlossenen Abkommen zu halten. In diesem Zusammenhang wiederholte Sir Winston, daß er den Herrn Bundeskanzler als den weisesten deutschen Staatsmann seit Bismarcks Tagen bezeichnet habe. Ursprünglich wollte er ihn den weisesten Staatsmann Europas nennen, er sei dann aber darauf aufmerksam gemacht worden, daß diese Formulierung andere hätte beleidigen können.

Seine Rede habe vielleicht Aufsehen erregt, aber sie müsse sorgfältig gelesen werden. In Reden dieser Art könne man nicht alles sagen, sie müßten vielmehr als eine Einheit und als großer Überblick betrachtet werden. Wenn er es noch einmal zu tun hätte, würde er die Rede genau so halten, ohne ein einziges Wort zu ändern.

Für die Ausführungen Attlees am zweiten Tag der Debatte<sup>23</sup> sei er mitverantwortlich gewesen, er habe ihm auch den Text der Rede nicht im voraus gegeben und nicht gewußt, was Attlee sagen würde. Wenn er nach Presseberichten durch Kopfnicken den Ausführungen Attlees zugestimmt habe, so wollte er nur sagen, daß er sich etwas müde und schläfrig fühlte und deshalb vielleicht gerade genickt habe. Attlee habe einen Fehler gemacht, er hätte den Präsidenten ausschließen sollen, da dieser nicht nur Regierungschef, sondern auch Staatsoberhaupt sei. England sei aber ein freies Land, in dem sogar der Führer der Opposition seiner Meinung freien Ausdruck verleihen könne. Das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten sei jedoch getragen von tiefem Vertrauen und sei nicht so leicht zerbrechlich, wie es vielleicht auf Grund der etwas bitteren, Worte und in gewissen Reden den Eindruck erwecken könne. Die Gemeinsamkeiten seien tief und von fundamentalem Charakter.

Er wolle in diesem Zusammenhang doch vertraulich darauf hinweisen, daß es derselbe Attlee war, der jetzt als Kommunist verschrien werde, der mit den Vereinigten Staaten ein Einvernehmen darüber erzielte, daß sie in East Anglia einen Atombombenstützpunkt errichten konnten, der die stärkste offensive Ausgangsstellung gegen Rußland darstelle. Dies sei ein Schritt von außergewöhnlicher Tragweite gewesen, der aber richtig gewesen sei. Wie er im Unterhaus dargelegt habe, sei damit England eines der wichtigsten Ziele in einem zukünftigen Kriege geworden und sei der allergrößten Gefahr ausgesetzt. Dennoch unterstütze er in vollem Ausmaß diesen Schritt. Die Menschen seien besorgt, was über sie hereinbrechen könne, er wolle aber in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß auch über die Russen Schreckliches hereinbrechen würde.

<b>Bundeszentrale für politische Bildung</b>	<b>DeutschlandRadio</b>	<b>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</b>
--	-------------------------	---

Seine Beziehung zu Eisenhower sei eng und würde es auch weiter bleiben. Die englisch sprechende Welt könne freimütig miteinander reden, es bestehe Pressefreiheit und deshalb dürften Unterschiede in der Auffassung nicht übertrieben werden. Er könne versichern, daß die Bande zwischen den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich, wie auch die Verbundenheit, die England mit der europäischen Situation empfinde, in keiner Weise geschwächt werden würde.

In diesem Zusammenhang verwies der Herr Bundeskanzler darauf, daß Sir Winston ihm anlässlich seines Besuches im Jahre 1951<sup>24</sup> versichert habe, daß Großbritannien zu seinen Verpflichtungen stehen und niemals Vereinbarungen hinter dem Rücken anderer treffen werde. Sir Winston bestätigte dies erneut.

Auf das Sicherheitsproblem Rußlands eingehend erklärte Sir Winston, daß er durchaus an die Möglichkeit glaube, einen Ausgleich zwischen der Politik des Westens und dem Sicherheitsbedürfnis Rußlands herbeizuführen. Das Gefühl der Sicherheit in Rußland werde auch mit der internen Evolution des russischen Volkes stärker werden. Dabei verwies er auf seine Rede und die Bezugnahme auf die Vereinten Nationen, die dieses Problem bereits gelöst haben würden, wenn sie die Autorität und den Charakter besäßen, den sich ihre Gründer vorgestellt hätten. Dabei habe er an Locarno<sup>25</sup> gedacht, dessen gegenseitige Beistandsverpflichtungen ihm eine gute Idee zu sein schienen. Heute handele es sich nicht mehr um zwei oder drei Länder, sondern diese grundsätzliche Idee müßte durch das Weltinstrument der Vereinten Nationen verwirklicht werden.

Der Herr Bundeskanzler erklärte hierzu, daß dies auch seiner Auffassung entspreche, sofern es sich um die Idee des Locarno-Vertrages handele und nicht um die einzelnen Bestimmungen.

Sir Winston erinnerte an die Lage im Jahre 1945, als die Amerikaner gegen seinen Rat ihre Armeen von den vorgeschobenen Stellungen auf die Linien der Besatzungszonen zurückzogen, ohne daß damals eine Vereinbarung mit den Russen über diese Frage bestanden hätte. Er las dem Herrn Bundeskanzler ein Telegramm vor, das er am 12. Mai 1945 an Präsident Truman gesandt und in dem er die Entwicklung, wie sie nachher wirklich eingetreten sei, vorausgesagt habe. (Den Wunsch des Herrn Bundeskanzlers, ihm den Text des Telegrammes zu überlassen, glaubte Sir Winston nicht erfüllen zu können.<sup>26</sup>) Auch die Rede, die er 1946 in Fulton gehalten habe<sup>27</sup>, sei damals stark kritisiert worden, aber dennoch hätten später die verantwortlichen Staatsmänner sich die von ihm damals vorgeschlagene Politik zu eigen gemacht.

Der Herr Bundeskanzler erwähnte sodann die Frage der deutschen Wiedervereinigung und gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß diese Frage in dem Augenblick gelöst werde, in dem die Großmächte mit Sowjetrußland zu einer Gesamtlösung kommen würden. Gegenwärtig sei die Ostzone ein Pfand der Russen für diese Verhandlung. Wenn die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß geführt würden, würde dies auch eine Lösung des Deutschlandproblems als eines Teils einer Gesamtregelung bedeuten.

Sir Winston erkundigte sich nach der Volkspolizei-Armee und fragte, ob die Angehörigen dieser Armee in ihrem Herzen noch Deutsche seien. In Erwiderung führte der Herr Bundeskanzler aus, daß die Volkspolizei-Armee seit kurzem mit guten und modernen Waffen ausgerüstet sei, daß sich ein beträchtlicher Anteil russischer Offiziere in ihr befänden, daß aber der größte Prozentsatz dieser Soldaten in ihrem Herzen Deutsche geblieben und keine

<b>Bundeszentrale für politische Bildung</b>	<b>DeutschlandRadio</b>	<b>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</b>
--	-------------------------	---

Kommunisten seien. Dies erkläre auch, warum so viele Angehörige der Volkspolizei in den Westen fliehen würden, sie wollten nicht in diese Armee gezwungen werden. Doch habe die Tatsache, daß die Volkspolizei vor kurzem mit guten Waffen ausgerüstet worden sei, bei ihm einige Besorgnis ausgelöst. Er glaube jedoch nicht, daß die Volkspolizei gegen Deutsche eingesetzt werden könne.

Sir Winston erinnerte an die Schwierigkeiten des Jahres 1945, Roosevelt sei 4-5 Monate krank gewesen, Truman habe 3-4 Monate benötigt, um sich mit den Einzelheiten der Lage vertraut zu machen, so daß in dem entscheidenden Augenblick ein bedauerliches Interregnum eingetreten sei. Wäre dies nicht der Fall gewesen, so sähe heute die Welt anders aus.

Der Herr Bundeskanzler schnitt sodann die Frage der Tätigkeit ehemaliger deutscher Nationalsozialisten in Ägypten an, die dem Foreign Office Anlaß zur Beunruhigung gegeben habe.<sup>28</sup> Auf Grund früherer Nachforschungen durch den deutschen Botschafter in Ägypten<sup>29</sup> habe man in Bonn die Auffassung vertreten, daß diese Befürchtungen nicht in vollem Ausmaß gerechtfertigt seien. Inzwischen habe Mr. Roberts genauere Unterlagen übermittelt, worauf der Herr Bundeskanzler beschlossen habe, noch diese Woche einen Beamten des Auswärtigen Amtes, der sowohl mit den Kreisen der ägyptischen Regierung wie auch mit den deutschen Sachverständigen vertraut sei, nach Kairo zu entsenden mit dem Auftrag, Nachprüfungen an Ort und Stelle anzustellen.<sup>30</sup> Er habe auch daran gedacht, General Munzel, der dem Foreign Office sicher bekannt sei, nach Bonn kommen zu lassen, um mit ihm die ganze Frage zu besprechen. Er werde alles tun, um zu verhindern, daß Deutsche an der Ausbildung ägyptischer Guerrillakämpfer beteiligt würden. Sir Winston dankte für diese Erklärung und wies darauf hin, daß ungefähr 20-30 Moslem-Banden in der Kanalzone bestünden und diese unter Anleitung deutscher Offiziere eine beträchtliche Gefahr für England darstellen könnten. Er wies ferner darauf hin, daß im Falle von Zusammenstößen diese Deutschen auch verletzt oder festgenommen werden könnten.

Was die Kriegsverbrecher betreffe, führte Sir Winston weiter aus, so müßten wirkliche Verbrecher nach dem Gesetz bestraft werden, andererseits müßten aber für diejenigen andere Maßstäbe angelegt werden, die in Erfüllung ihrer militärischen Pflicht gehandelt hätten. Er gab seiner Befriedigung über die Entlastung Feldmarschalls Manstein<sup>31</sup> Ausdruck und verwies in diesem Zusammenhang auf die Schritte, die im Falle Kesselring unternommen worden seien.<sup>32</sup>

Der Herr Bundeskanzler wiederholte seine Einladung an Sir Winston, im Laufe des Sommers nach Bonn zu kommen.<sup>33</sup> Deutschland werde diesen Besuch zum Anlaß einer wahren europäischen Demonstration nehmen. Sir Winston dankte für die Einladung, fügte aber hinzu, daß er noch keine feste Zusage geben könne. Er würde aber mit Freude nach Deutschland kommen, da er das deutsche Volk von jeher geschätzt habe. Anschließend versicherte Sir Winston dem Kanzler erneut, daß zwischen den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich keine Entzweiung Platz greifen werde. Er glaube aber, daß von einer echten Wandlung im Verhalten der Russen alle Länder profitieren könnten. Man dürfe deshalb nichts unversucht lassen, selbst wenn es wahrscheinlich ist, daß diese Änderung nur aus taktischen Gründen erfolgt sei. Die Stellung des Westens werde dadurch gestärkt werden.

**VS-Bd. 87 (Büro Staatssekretär)**

<b>Bundeszentrale für politische Bildung</b>	<b>DeutschlandRadio</b>	<b>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</b>
--	-------------------------	---

Anmerkungen

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Weber am 20. Mai 1953 gefertigt.

2 Zu dem Gespräch, das um 12 Uhr stattfand, notierte Ministerialdirektor Blankenhorn am 15. Mai 1953: „Churchill machte gelegentlich einen recht uninformativen, fast abwesenden Eindruck; wenn er aus seinen Träumen aufwacht und Fragen stellt, so gehen sie sehr oft am Thema vorbei. [...] Wie dieser Mann angesichts seines Körperzustandes das britische Empire leiten will, ist kaum faßbar. Der Kanzler ist von diesem zeitweilig völligen Versagen seines Gesprächspartners sehr negativ beeindruckt“. Vgl. Bundesarchiv Koblenz, N 1351 (Nachlaß Blankenhorn), Bd. 19b. Vgl. dazu auch BLANIENHORN, Verständnis, S. 150f. Vgl. ferner ADENAUER, Erinnerungen 1953/1955, S. 205-208.

3 Zur Außenministerkonferenz der EGKS-Mitgliedstaaten am 12./13. Mai 1953 in Paris vgl. Dok. 142.

4 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Ministerpräsident Mayer und dem französischen Außenminister Bidault am 11. Mai 1953 in Paris vgl. Dok. 138.

[...]

17 Bundeskanzler Adenauer hielt sich vom 6. bis 17. April 1953 in den USA auf. Für die Gespräche mit Präsident Eisenhower und dem amerikanischen Außenminister Dulles am 7./8. April 1953 in Washington vgl. Dok. 113-115.

18 Präsident Eisenhower gab am 16. April 1953 vor der American Society of Newspaper Editors der Hoffnung auf den Abbau der Konfrontation mit der UdSSR nach dem Führungswechsel in Moskau Ausdruck: „Recent statements and gestures of Soviet leaders give some evidence that they may recognize this critical moment. We welcome every honest act of peace. We care nothing for mere rhetoric. [...] Even a few such clear and specific acts, such as the Soviet Union's signature upon an Austrian treaty or its release of thousands of prisoners still held from World War II, would be impressive signs of sincere intent.“ Die USA betrachteten keines der zwischen der freien Welt und der UdSSR stehenden Probleme als unlösbar, und sie seien bereit, ihren Beitrag zu leisten: „We are ready not only to press forward with the present plans for closer unity of the nations of Western Europe but also, upon that foundation, to strive to foster a broader European community, conducive to the free movement of persons, of trade, and of ideas. This community would include a free and united Germany, with a government based upon free and secret elections. This free community and the full independence of the East European nations could mean the end of the present unnatural division of Europe.“ Dann könnten auch Übereinkünfte über Rüstungsbegrenzung und die Kontrolle von Atomenergie getroffen werden. Vgl. PUBLIC PAPERS, EISENHOWER 1953, S. 184 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1953, Bd. 1, S. 5731-5734.

19 Zur Rede des Premierministers Churchill vom 11. Mai 1953 vgl. Dok. 138, Anm. 7.

20 Für den Wortlaut des EVG-Vertrags vom 27. Mai 1952 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 345-423.

21 Vgl. dazu HANSARD, COMMONS, Bd. 515, Sp. 898.

22 Nach dem Tod des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Ministerrats, Stalin, am 5. März 1953 erließ das Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR am 27. März 1953 eine Amnestie für zu Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren Verurteilte. Vgl. dazu den Artikel „Ukaz Prezidium Verchovnogo Soveta SSSR Ob Amnistii“; PRAVDA vom 28. März 1953, S. 1. Für den deutschen Wortlaut vgl. OST-PROBLEME 1953, Bd. 1, S. 630 f.

1. April 1953 gaben der Ministerrat und das ZK der KPdSU eine Senkung der Preise für Lebensmittel um bis zu 50% und für Konsumgüter um etwa 10% bekannt. Vgl. den Artikel „o novom snizenii gosudarstvennych roznichnykh cen na prodovol'stvennye i promyslennye tovary“; PRAVDA 1. April 1953, S. 1.

Die im Januar 1953 wegen einer angeblichen zionistischen Verschwörung inhaftierten Ärzte wurden April 1953 rehabilitiert. Vgl. den Artikel „Soobscenie Ministerstva vnutrennich del SSSR“; PRAVDA vom 4. April 1953, S. 2. Für den deutschen Wortlaut vgl. OST-PROBLEME 1953, Bd. 1,

23 Der Vorsitzende der Labour Party, Attlee, unterstützte am 12. Mai 1953 im britischen Unterhaus den Vorschlag des Premierministers Churchill für Gespräche mit der UdSSR, die aber sorgfältiger Vorbereitung sowohl in Großbritannien als auch in den USA bedürften. Probleme könnten dabei die verfassungsrechtlichen Gegebenheiten in den USA aufwerfen: „It would be possible for President Eisenhower to attend a conference and, on his return to the United States, to be thrown over“. In den USA sei die Macht zwischen Regierung und Kongreß geteilt: „Therefore, the Government in America are not really master in their own house. [...] Pressure groups and interests are very strong and, further, the American Administration seems to be less integrated than ours. [...] We do find an occasions that there is one policy being run by the Treasury, another by the State

<b>Bundeszentrale für politische Bildung</b>	<b>DeutschlandRadio</b>	<b>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</b>
--	-------------------------	---

Department, and perhaps another by the Pentagon." Vgl. HANSARD, COMMONS, Bd. 515, Sp. 1064 und Sp.1070.

24 Bundeskanzler Adenauer besuchte Großbritannien vom 3. bis 8. Dezember 1951. Für das Gespräch mit Premierminister Churchill am 4. Dezember 1951 in London vgl. AAPD 1951, Dok. 196.

25 Für den Wortlaut der Verträge von Locarno vom 16. Oktober 1925 - des Vertrags zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien über die Garantie des territorialen Status quo zwischen Deutschland und Belgien bzw. Deutschland und Frankreich, der Schiedsabkommen zwischen Deutschland und Belgien bzw. Deutschland und Frankreich sowie der Schiedsverträge zwischen Deutschland und Polen bzw. Deutschland und der Tschechoslowakei - vgl. REICHSGESETZBLATT 1925, Teil II, S. 975-1001.

26 Dazu notierte Ministerialdirektor Blankenhorn am 15. Mai 1953, Premierminister Churchill habe erklärt, daß er das Telegramm „nicht zu Veröffentlichungszwecken aus der Hand geben könne, da er seinem Verlag das ausschließliche Recht der Veröffentlichung überlassen habe". Vgl. Bundesarchiv Koblenz, N 1351 (Nachlaß Blankenhorn), Bd. 19b.

In seinen Erinnerungen über den Zweiten Weltkrieg zitierte Winston S. Churchill sein Telegramm vom 12. Mai 1945 an Präsident Truman, in dem er die Sorge über die sowjetische Politik in den von der UdSSR besetzten Gebieten zum Ausdruck brachte: „An iron curtain is drawn down upon their front. We do not know what is going on behind." Vgl. CHURCHILL, Second World War, Bd. VI, S. 498 f.27 Für den Wortlaut der Rede des Vorsitzenden der britischen Konservativen Partei, Churchill, vom 5. März 1946 im Westminster College in Fulton, Missouri, vgl. CHURCHILL, Post-War Speeches, S.74-84.

28 Zur britischen Besorgnis über die Tätigkeit deutscher Militärberater in Ägypten vgl. Dok. 118. 29 Günther Pawelke.

30 Am 20. Mai 1953 reiste Vortragender Legationsrat Allardt zu Gesprächen mit den deutschen Militärberatern nach Ägypten. Vgl. dazu Dok. 182.

31 Generalfeldmarschall von Manstein wurde am 19. Dezember 1949 von einem britischen Militärgericht in Hamburg zu 18 Jahren Haft verurteilt, das Strafmaß bereits zwei Monate später jedoch auf 12 Jahre reduziert. Im August 1952 erhielt Manstein Krankheitsurlaub auf Ehrenwort und wurde am 7. Mai 1953 endgültig aus britischer Haft entlassen. Vgl. dazu die Meldung „Manstein endgültig frei"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 8. Mai 1953, S. 1.

32 Generalfeldmarschall Kesselring wurde am 6. Mai 1947 von einem britischen Militärgericht in Venedig zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde kurz darauf in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt, später auf 20 Jahre reduziert. Am 23. Oktober 1952 wurde Kesselring begnadigt. Vgl. dazu den Artikel „Kesselring begnadigt und endgültig aus der Haft entlassen"; DIE NEUE ZEITUNG vom 24. Oktober 1952, S. 2.

33 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Premierminister Churchill am 14. Mai 1953 in London; Dok. 143.

*[Quelle: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1953, Band I, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 2001, S. 429-437.]*

<b>Bundeszentrale für politische Bildung</b>	<b>DeutschlandRadio</b>	<b>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</b>
--	-------------------------	---